

5996/AB XXIV. GP

Eingelangt am 08.09.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Anfragebeantwortung

NIKOLAUS BERLAKOVICH
Bundesminister



lebensministerium.at

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer

ZI. LE.4.2.4/0124-I 3/2010

Parlament
1017 Wien

Wien, am 6. SEP. 2010

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Mag. Christiane Brunner,
Kolleginnen und Kollegen vom 9. Juli 2010, Nr. 6097/J,
betreffend Tiefseebohrungen der OMV

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Christiane Brunner,
Kolleginnen und Kollegen vom 9. Juli 2010, Nr. 6097/J, teile ich Folgendes mit:

Zu den Fragen 1 bis 5 und 10:

Auf die Beantwortung der parl. Anfrage Nr. 5777/J wird verwiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Fragen keine Angelegenheiten der Vollziehung des
Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW)
betreffen.

Die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko zeigt deutlich, dass die Nutzung von Ressourcen auch großen Schaden anrichten kann. Ein ressourcenschonendes Wirtschaften ist daher von besonderer Bedeutung. Nicht nur deshalb ist ein Umbau des Energiesystems notwendig.

Der Unfall im Golf von Mexiko wirft deutlich Fragen nach den Ursachen, der Vermeidung und der Verantwortung für solche Umweltkatastrophen auf.

Deshalb habe ich die Einrichtung eines Ökofonds auf europäischer Ebene gefordert. Dieser Fonds soll von der Öl- und Gasindustrie gespeist werden. Einerseits um für den Ausgleich von Schäden herangezogen zu werden, andererseits soll dieser Ökofonds erneuerbare Energien fördern.

Es müssen außerdem die internationalen Rahmenbedingungen für „off-shore“ Förderungen überprüft werden. Ich trete dafür ein, dass auf europäischer Ebene die Europäische Kommission rasch die gesetzlichen Vorschriften, Standards und Kontrollen für die „off-shore“ Förderung überprüfen muss. Es müssen in Europa die höchsten Sicherheitsstandards und Kontrollen gelten.

Zu Frage 6:

In Zeiten der Wirtschaftskrise, steigender Erdölpreise und des Klimawandels bieten erneuerbare Energien und Energieeffizienz Chancen, die genutzt werden müssen.

Das BMLFUW hat eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Forcierung der Energieeffizienz und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger unterstützen. Die Klimaschutzinitiative klima:aktiv und die Initiativen des Klima- und Energiefonds oder die Umweltförderung im Inland sollen hier nur beispielhaft genannt werden.

Das langfristige politische Ziel, ein energieautarkes Österreich zu erreichen, wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vorangetrieben.

Die gemeinsam mit dem Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend ausgearbeitete Energiestrategie Österreich umfasst eine Vielzahl an Maßnahmen, die dem notwendigen Umbau des Energiesystems zu mehr Energieeffizienz, erneuerbare Energie, Energieversorgungssicherheit und Klimaschutz Rechnung tragen.

Zusätzlich setzt sich das BMLFUW laufend für Maßnahmen zur verstärkten Nutzung regenerativer Energiequellen ein, damit Österreich unabhängiger vom Import fossiler Energieträger wird, regionale Wertschöpfung und green jobs geschaffen werden und die Umwelt geschont wird. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass beispielsweise erst kürzlich die Photovoltaik-Förderaktion 2010 und die 2. Ausschreibung für Energie-Modellregionen des Klima- und Energiefonds gestartet wurden.

Zu Frage 7:

Die Zuständigkeit für die OSPAR-Konvention zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks liegt beim Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.

Zu Frage 8:

Derzeit ist keine Änderung der Umwelthaftungsrichtlinie in Verhandlung.

Zu Frage 9:

Die Zuständigkeit für die Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) liegt beim Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.

Der Bundesminister: